

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Angelika Graf (Rosenheim), Wolfgang Gunkel,
Ullrich Meßmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/13755 –**

Klimawandel gefährdet Menschenrechte

A. Problem

In ihrem Antrag auf Drucksache 17/13755 fordert die Fraktion der SPD die Bundesregierung unter anderem auf, im internationalen Menschenrechtssystem und auf nationaler Ebene die Mitgliedschaft Deutschlands im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (VN-Menschenrechtsrat) zu nutzen, um den Klimawandel als menschenrechtlich relevantes Problem in die internationale Menschenrechtsdebatte zu bringen und die Menschenrechtsinstrumente für das Thema Klimawandel stärker zu sensibilisieren und zu nutzen. Als Mitglied des VN-Menschenrechtsrats soll sie sich dafür einsetzen, dass die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte fester Teil der Staatenberichte im Rahmen der Universal Periodic Review (UPR) werden. In ihren Berichten über die Menschenrechtspolitik soll die Bundesregierung zudem ein Kapitel zu menschenrechtsrelevanten Maßnahmen im Klimabereich aufnehmen und bei den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen soll sie sich aktiv für einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der internationalen Klimapolitik einsetzen. Menschenrechte müssten als eine feste Referenzgröße in die Verhandlungen der Vertragsstaatenkonferenz (COP) – insbesondere bei der Aushandlung eines internationalen Klimaabkommens für die Zeit ab 2020 – eingebracht werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/13755 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2013

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Tom Koenigs
Vorsitzender und Berichterstatter

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Angelika Graf (Rosenheim)
Berichterstatterin

Marina Schuster
Berichterstatterin

Annette Groth
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Angelika Graf (Rosenheim), Marina Schuster, Annette Groth und Tom Koenigs

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/13755** in seiner 246. Sitzung am 13. Juni 2013 beraten und an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In ihrem Antrag auf Drucksache 17/13755 fordert die Fraktion der SPD die Bundesregierung unter anderem auf, im internationalen Menschenrechtssystem und auf nationaler Ebene die Mitgliedschaft Deutschlands im VN-Menschenrechtsrat zu nutzen, um den Klimawandel als menschenrechtlich relevantes Problem in die internationale Menschenrechtsdebatte zu bringen und die Menschenrechtsinstrumente für das Thema Klimawandel stärker zu sensibilisieren und zu nutzen. Als Mitglied des VN-Menschenrechtsrats soll sie sich dafür einsetzen, dass die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte fester Teil der Staatenberichte im Rahmen der UPR werden. In ihren Berichten über die Menschenrechtspolitik soll die Bundesregierung zudem ein Kapitel zu menschenrechtsrelevanten Maßnahmen im Klimabereich aufnehmen und bei den VN-Klimaverhandlungen soll sie sich aktiv für einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der internationalen Klimapolitik einsetzen. Menschenrechte müssten als eine feste Referenzgröße in die Verhandlungen der Vertragsstaatenkonferenz (COP) – insbesondere bei der Aushandlung eines internationalen Klimaabkommens für die Zeit ab 2020 – eingebracht werden.

In ihrem Antrag weist die Fraktion der SPD darauf hin, Hauptleidtragende des Klimawandels seien die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern, vor allem in Afrika und Asien. Ihnen würde die Lebensgrundlage entzogen und im Extremfall müssten sie aufgrund klimabedingter Naturkatastrophen ihre Heimat verlassen. Deshalb sei ein menschenrechtsbasierter Ansatz in der Klimapolitik notwendig, um den Auswirkungen des Klimawandels langfristig entgegenzutreten zu können und dabei menschenrechtspolitisch kohärent zu handeln. Neben den Forderungen zum internationalen Menschenrechtssystem und zu den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen erwartet die Fraktion der SPD auch Veränderungen beim Flüchtlingsschutz und in der nationalen und internationalen Migrationspolitik. So fordert sie die Bundesregierung auf, sich für Maßnahmen und geeignete Instrumente zum menschenrechtskonformen Umgang mit klimabedingter Flucht und Migration einzusetzen und sich stärker als bisher in die Nansen-Initiative einzubringen. In der internationalen Entwicklungs- und Klimazusammenarbeit soll die Bundesregierung darüber hinaus neben Projek-

ten technischer Natur im Bereich Klimawandel und Menschenrechte verstärkt Capacity Building fördern und sich im Sinne der Aarhus-Konvention dafür einsetzen, in den Partnerländern das Recht auf den Zugang zu Umweltinformationen zu stärken. Partnerländer soll sie ermutigen, die grundlegenden Menschenrechtskonventionen zu ratifizieren und sie darin unterstützen, ihren menschenrechtlichen Staatenpflichten auf nationaler und internationaler Ebene im Bereich Klimawandel nachzukommen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13755 in seiner 112. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/13755 in seiner 97. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 17/13755 in seiner 102. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/13755 in seiner 118. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/13755 in seiner 105. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/13755 in seiner 85. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/13755 in seiner 93. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die

Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung.

Berlin, den 26. Juni 2013

Jürgen Klimke
Berichtersteller

Angelika Graf (Rosenheim)
Berichterstellerin

Marina Schuster
Berichterstellerin

Annette Groth
Berichterstellerin

Tom Koenigs
Berichtersteller

